

Wahlprüfsteine 2024

Antworten der Parteien auf die Fragen des VPLT

1.

Wie wollen Sie die Veranstaltungswirtschaft bei der Erstellung von PEFSR und OEFSR (Empfehlung der EU-Kommission vom 16.12.2021) unterstützen? Planen Sie weitere Unterstützungsleistungen für KMU und Verbände zur Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen, um dem Green Deal nachkommen zu können?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>CDU und CSU wollen unternehmerisches Handeln auch im Hinblick auf die Zielerreichung der Klimaneutralität 2050 erleichtern. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Es geht insbesondere um Bürokratieabbau im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Hier gilt es für grundsätzliche Erleichterungen zu sorgen.</p>	<p>Im Rahmen der Better Regulation unterstützen wir das Vorhaben, bessere Rechtssetzung zu gewährleisten und EU-Rechtsvorschriften im Rahmen der Überprüfung politischer Maßnahmen zu bewerten und, wenn nötig, Anpassungen vorzuschlagen. Die Europäische Kommission überwacht dabei die Umsetzung und Anwendung von eigenen Initiativen in den Mitgliedsstaaten.</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass umweltbezogene Aussagen, mit der Unternehmen ihre Produkte, Dienstleistungen oder das Unternehmen als solches bewerben, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. Diese können produktbezogen (PEF) und/oder unternehmensbezogen (OEF) sein, aber auch andere wissenschaftliche Methoden können dafür genutzt werden. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass die entstehenden Kosten und Bürokratie in einem angemessenen Verhältnis zur Größe und zum Umsatz der Unternehmen stehen, insbesondere im Hinblick auf KMU. Wir hatten auch gefordert, dass bei der Zertifizierung dieses Prozesses durch unabhängige dritte Stellen die EU-Mitgliedstaaten Solidaritätsmechanismen einrichten, in denen große Unternehmen KMU unterstützen. Von den anderen Fraktionen wurde diese Forderung nicht unterstützt. Wir werden uns auch weiterhin für Unterstützungsleistungen für KMU</p>	<p>- Antworten stehen aus –</p>	<p>Die Organisation umweltfreundlicher Veranstaltungen bedeutet sicherlich auch mehr Planung und einen gewissen Aufwand. Aber es lohnt sich. Eine Studie der HWR Berlin errechnete, dass eine Person auf einer Veranstaltung im Durchschnitt 2 kg Müll produziert und einen CO₂-Fußabdruck von 37 kg CO₂ erzeugt. Die Linke spricht sich dafür aus, dass die EU-Förderung für Projekte in der Rubrik „Innovative Forschung über das europäische Kulturerbe und die Kultur- und Kreativwirtschaft“ fortgeführt wird. Im Europaparlament werden wir uns in den Beratungen über den EU-Haushalt 2028 – 2034 einsetzen. Wir alle sind gefordert, die Klimakatastrophe abzumildern und zum Beispiel Starkregenereignisse nicht noch schlimmer werden zu lassen. Bei dieser Aufgabe sollte jedoch niemand alleingelassen werden.</p>

		und Verbände bei der Umsetzung des Green Deal einsetzen.		
--	--	--	--	--

2.

Über Digitale Produktpässe sollen in Zukunft auch Nachhaltigkeitsleistungen einzelner Produkte abrufbar gemacht werden. Halten Sie an dieser Zielsetzung fest und wie sehen die folgenden politischen Bestrebungen in diesem Aspekt aus?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>Der digitale Produktpass soll den elektronischen Abruf produktspezifischer Daten und Informationen ermöglichen. Er soll Auskunft geben über Zusammensetzung, Herkunft, Reparaturmöglichkeiten, einschließlich Optionen zum Recycling oder zur Entsorgung am Ende der Lebensdauer. Das Ziel besteht darin, sowohl Verbrauchern als auch Unternehmen fundierte Entscheidungen zu ermöglichen und dabei langlebige, nachhaltige Produkte sowie die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Das EU-Parlament hat mehrheitlich der Einführung zugestimmt. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass bei der Umsetzung keine neuen und hohen bürokratische Anforderungen, insbesondere für den Mittelstand, entstehen.</p>	<p>Im Rahmen der Ökodesignverordnung und des Rechts auf Reparatur haben wir uns intensiv für die Einführung des Digitalen Produktpasses eingesetzt. Dieser soll unter anderem Auskunft über den umweltbezogenen Fußabdruck, Reparierbarkeit und Rückverfolgung der Lieferkette geben. Im nächsten Jahr wird die Kommission einen Rechtsakt mit der konkreten Ausgestaltung erlassen. Als SPD werden wir uns dafür weiterhin einsetzen.</p>	<p>Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in der Überarbeitung und Ausweitung der Ökodesign-Verordnung ein Produktpass eingeführt wurde. Der Produktpass wird sicherstellen, dass alle wichtigen Informationen auf einen Blick verfügbar sind. Durch diese Transparenz in der Lieferkette wird auch Recycling einfacher. In der Zukunft sollen nach und nach alle Produktgruppen, für die im Rahmen von Ökodesign Nachhaltigkeitskriterien erarbeitet werden, einen Produktpass erhalten. So liegen Verbraucher*innen, unabhängigen Werkstätten, Wiederaufbereiter*innen, Forscher*innen oder der Zivilgesellschaft alle Informationen zu Produkt und Vorgaben vor.</p>	<p>- Antworten stehen aus -</p>	<p>Wir unterstützen Nachhaltigkeitsleistungen und weitere Anforderungen für Produktpässe, die in der Ökodesign-Verordnung festgelegt sind. Im April haben wir im Europäischen Parlament für den Gesetzentwurf gestimmt, der noch in diesem Jahr in Kraft treten wird. Wir sehen in den digitalen Produktpässen eine große Chance, um die Rückverfolgbarkeit von Produkten zu gewährleisten sowie allgemein mehr Transparenz in der Wertschöpfungskette herzustellen. Für uns war es wichtig, dass es einen kostenlosen und einfachen Zugang zu digitalen Produktpässen gibt, diese vollständig interoperabel mit anderen digitalen Produktpässen sind und dass personenbezogene Daten nur im Einklang mit der Datenschutzgrundverordnung gespeichert werden dürfen. Außerdem begrüßen wir das geplante öffentlich zugängliche Webportal, um die in digitalen Produktpässen enthaltenen Daten zu suchen und zu vergleichen. Details wie die technische Umsetzung des Produktpasses werden in delegierten Rechtsakten der Europäischen Kommission nach und nach umgesetzt. Diesen Prozess werden wir mit unseren</p>

parlamentarischen Kontrollrechten begleiten.

3.

Wie wollen Sie flexiblere Arbeitszeiten (Pausenzeiten, tägl. Arbeitszeiten) innerhalb der vorgegebenen Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden innerhalb von vier Monaten (2203/88/EG) ermöglichen (Anpassung des §10 ArbZG) und gleichzeitig Verstöße gegen die zulässige Arbeitszeit verringern?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>Immer mehr Beschäftigte wollen flexibel arbeiten. Der starre Acht-Stunden Tag erscheint angesichts der Verbreitung von mobilem Arbeiten, Vertrauensarbeitszeitmodellen und dem Wunsch nach einer besseren Work-Life-Balance der Arbeitnehmer nicht mehr zeitgemäß. Sie benötigen ein modernes und flexibles Arbeitszeitrecht, um Familie, Kinderbetreuung, Kindererziehung, Pflege und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) lässt den Mitgliedstaaten dabei erhebliche Spielräume, um flexible Arbeitszeiten einzuführen. Diese gilt es zu nutzen. Unser Ziel ist, den rechtlichen Rahmen so zu entwickeln, dass mögliche Spielräume bei der Arbeitszeitgestaltung zum Vorteil aller Beteiligten genutzt werden können, ohne dass die Schutzfunktion des Arbeitszeitrechts beeinträchtigt wird.</p>	<p>Die Arbeitszeitrichtlinie war ein wichtiger Meilenstein für die Beschäftigten in Europa. Sie schützt Arbeitnehmer*innen und sichert deren Recht auf die Einhaltung der täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten. Diese schützen insbesondere auch die psychische und physische Gesundheit von Beschäftigten. Durch die Digitalisierung ist unsere Arbeitswelt in einem ständigen Wandel. Gerade in Zeiten ständiger Erreichbarkeit, neuen Arbeitsformen und flexibleren Arbeitszeiten ist es wichtig, die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken. Denn die Flexibilisierung der Arbeitswelt darf nicht bedeuten, dass die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Ruhezeit verschwinden. Deshalb werden wir uns gegen jede Änderung der europäischen Regeln einsetzen, die diese Erlungenschaften abschwächen. Gleiches gilt für das deutsche Arbeitszeitgesetz, das ebenfalls in erster Linie ein Arbeitsschutzgesetz ist.</p>	<p>Wir GRÜNE stehen für eine Arbeitskultur, in der auf den Gesundheitsschutz und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben geachtet wird. Das bestehende Arbeitszeitgesetz bietet aus unserer Sicht bereits einen guten Gesundheitsschutz, der nicht geschwächt werden sollte. Abweichende Regelungen können bereits jetzt über Tarifverträge vereinbart werden.</p>	<p>- Antworten stehen aus -</p>	<p>Wir setzen uns für kürzere Arbeitszeiten ein – erster Schritt ist eine Verringerung der zulässigen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Wochenstunden. Geteilte Dienste, in denen „Pausen“ zwischen Teilen des Arbeitstages liegen, wollen wir abschaffen: Die gesamte Zeit zwischen Dienstbeginn und Dienstende innerhalb eines Arbeitstages muss bezahlt werden (bzw. bei Nachtschichten Tag des Dienstbeginns und Ende des Dienstes am folgenden Tag). Wir kommen damit Artikel 2 der Europäischen Sozialcharta nach, der die Verpflichtung enthält, „die Arbeitswoche fortschreitend zu verkürzen“. Wir schlagen dafür eine Verkürzung auf etwa 30 Stunden pro Woche (bzw. eine 4-Tage-Woche) vor, flexibel wählbar über die Berufsbiografie. Das muss mit einer verbindlichen Arbeitszeiterfassung für alle Beschäftigten kombiniert sein. Das entspricht dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes und schützt die Beschäftigten vor Arbeitsverdichtung und Lohnbetrug durch nicht erfasste Arbeitszeiten. Damit Beschäftigte künftig besser geschützt werden, setzen wir uns für EU-Arbeitsschutzrichtlinien gegen Stress und körperliche Überlastung in der Arbeit ein.</p>

4.

Es braucht eine klare Definition des Dienst- & Werkvertragsverhältnisses, um Scheinselbstständigkeit zu stoppen. Wie wollen Sie neben der Richtlinie über Plattformarbeit & im Sinne der Europäischen Säule Sozialer Rechte die Grenzen des Unternehmertums definieren und die Marktüberwachung verbessern?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>Die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) ist der erste wichtige Schritt zu besser funktionierenden Arbeitsmärkten und Sozialsystemen. Da wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt eng miteinander verknüpft sind, ist die ESSR ein entscheidender Baustein zur Entwicklung eines integrativeren und nachhaltigeren Wachstumsmodells für die EU, was zugleich die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessert.</p> <p>Bei der ESSR stehen die Sicherung der Arbeitnehmerrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, faire Chancen für Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, angemessener Sozialschutz und Gesundheitsfürsorge im Mittelpunkt. Die 20 Grundsätze und der dazugehörige Aktionsplan müssen ehrgeizig angegangen und umgesetzt werden. Hier einige zentrale Punkte:</p> <p>Eine faire und effektive Mobilität der Arbeitskräfte in der Europäischen Union muss gewährleistet werden. Initiativen zur Aufdeckung von Betrug und Missbrauch sowie eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Arbeitsaufsichtsbehörden sind dabei wichtig. Die bevorstehende Evaluierung der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) ist eine Gelegenheit, ihre Rolle und ihre Kompetenzen zu stärken, damit sie diese Aufgabe erfüllen kann.</p>	<p>Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa, sondern gute Arbeit. Dafür werden wir die Europäische Säule sozialer Rechte weiter entschieden umsetzen. Dies hat auch in Deutschland zu Verbesserungen geführt (Tariftreue im Vergaberecht, Mindestlohnrichtlinie etc.), die ohne die SPD niemals durchgesetzt worden wären. Wir wollen die Kriterien für gute Arbeit noch stärker in der europäischen Strukturpolitik verankern. Hier wollen wir u. a. die Tarifbindung als festen Bestandteil der Vergaberegeln verankern. Wir fordern auch eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Arbeitsagentur für die Kontrolle von Beschäftigten aus Drittstaaten, Subunternehmerketten, privaten Arbeitsvermittlungen, besserer Zugang zu Daten und mehr Kompetenzen bei grenzüberschreitenden Kontrollen. Wir brauchen eine ehrgeizige Richtlinie zur Plattformarbeit, die einen Rahmen schafft, mit dem Scheinselbstständigkeit bekämpft wird und kollektive Rechte gestärkt werden.</p>	<p>Das Modell der Scheinselbstständigkeit ist bei Unternehmen, die digitale Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen, weit verbreitet. Die EU-Kommission schätzt, dass 4 Millionen diese Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen Scheinselbstständige sind. Bei diesen digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben.</p> <p>Bei der anstehenden Umsetzung im deutschen Recht werden wir selbstverständlich auf einen ausgewogenen Ansatz drängen, der zwar Scheinselbstständigkeit und Ausbeutung erschwert, aber Selbstständigen keine bürokratischen Hindernisse in den Weg legt.</p> <p>Zur besseren Durchsetzung der Regeln wollen wir außerdem die Arbeitsinspektionen stärken.</p>	<p>- Antworten stehen aus -</p>	<p>Wir wollen, dass die EU-Richtlinie zur Plattformarbeit für alle Beschäftigten umfassend umgesetzt wird, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Sozialversicherungsschutz, betriebliche Mitbestimmungsrechte und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation nicht ausgehöhlt oder umgangen werden. Die Kriterien der EU-Richtlinie zur Abgrenzung von abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit sind ausreichend, um Schein-Lohndumping zu identifizieren. Darüber hinaus wollen wir Werkverträge und Leiharbeit strenger regulieren, um Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse zu unterbinden. Zudem setzen wir uns dafür, dass Begriffe der Arbeitswelt angepasst werden. Der betriebsverfassungsrechtliche Arbeitnehmer*innenbegriff muss so erweitert werden, dass auch Arbeitnehmerähnliche und Leiharbeitende mit einbezogen sind, damit auch die Interessen dieser Beschäftigtengruppen durch Betriebsräte vertreten werden können.</p>

<p>Die EU muss der Ausbreitung prekärer Arbeit einen Riegel vorschieben. Die Anfang 2024 verabschiedete EU-Richtlinie zur Plattformarbeit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.</p>				
---	--	--	--	--

5.

Die EU zielt in der Mindestlohnrichtlinie auf ein Tarifbindungsziel von 80% je Mitgliedsstaat. Wird das Ziel nicht erreicht, sollen Aktionspläne von den Staaten zur Förderung der Tarifbindung erstellt werden. Wie sehen Sie die vergleichsweise niedrige Tarifbindung in D? Planen Sie weitere Maßnahmen?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>CDU und CSU sehen die Tarifbindung als ein wichtiges Instrument, um faire Arbeitsbedingungen und Löhne zu sichern. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Tarifpartner, die durch moderne, attraktive Tarifverträge Angebote schaffen, an die sich möglichst viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer binden wollen. Um die Tarifbindung zu stärken, setzen wir uns für eine aktivere Rolle der Sozialpartner und für die Förderung von Tarifverhandlungen ein. Wir sind der Meinung, dass eine stärkere Tarifbindung nicht nur zu fairen Löhnen führt, sondern auch zur Stabilität in den Arbeitsbeziehungen beiträgt. Wir unterstützen, dass, wenn in den relevanten Branchen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gemeinsam den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung stellen, dieser nur mit Begründung abgelehnt werden kann.</p>	<p>Hohe Tarifbindung bedeutet: Bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Tarifbindung liegt in Deutschland mit nur noch rund 50 % der Beschäftigten viel zu niedrig. Die SPD will die Tarifbindung wieder stärken, mit dem Ziel der EU-Mindestlohnrichtlinie von 80 Prozent. Mit dem geplanten Bundestariftreugesetz binden wir die Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes an die Einhaltung von Tarifverträgen. Grundsätzlich will die SPD die Vergabe von öffentlichen Mitteln oder steuerlichen Anreize für private Unternehmen an soziale Bedingungen und Tarifbindung knüpfen. Tarifverträge sollten leichter allgemeinverbindlich werden. Auch Europa kann mehr tun. Dafür soll die Vergabe von EU-Mitteln künftig stärker an Tarifbindung geknüpft werden. Durch die Aufnahme einer verpflichtenden Tariftreueklausel werden wir daher die Konzessions- und Vergabe-Richtlinien weiterentwickeln.</p>	<p>Die Mindestlohnrichtlinie ist ein konkreter Erfolg des sozialen Europas. Wir wollen, dass die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU-Empfehlung, den Mindestlohn an 60 Prozent des Medianlohns zu koppeln, verbindlich gemacht wird. Wir streiten dafür, dass Deutschland einen Aktionsplan vorlegt, um das das Tarifbindungsziel von 80% zu erreichen. So wollen wir Gerechtigkeit in der Mitte stärken. Denn die Reichweite von Tarifverträgen ist in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter gewährleistet ist.</p>	<p>- Antworten stehen aus -</p>	<p>Die Tarifbindung in Deutschland ist seit Jahren rückläufig. Nach Daten des IAB-Betriebspanels arbeiteten 2022 nur noch 41 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag. Deshalb begrüßen wir die Verpflichtung zu Aktionsplänen bei einer geringeren Tarifbindung als 80 Prozent durch die EU-Mindestlohnrichtlinie. Als Maßnahmen dafür fordern wir ein Tariftreugesetz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge und (auch europäischen Förder-)Gelder nur an tarifgebundene Firmen vorsieht. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wollen wir vereinfachen, indem der Antrag der Gewerkschaften dafür ausreicht. Die Möglichkeit für Arbeitgeber*innen, Mitglied eines Verbandes ohne Tarifbindung zu sein, wollen wir abschaffen. Zudem fordern wir, dass Tarifverträge bei Unternehmensspaltungen bzw. Betriebsübergängen weiterhin gelten.</p>

6. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung soll europaweit gefördert werden. Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>CDU und CSU treten für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein. Dazu wollen wir Kriterien entwickeln, die eine Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse in allen Bereichen (Schule, Hochschule sowie berufliche Bildung) gewährleisten – ohne bewährte Strukturen zu untergraben. Außerdem arbeiten CDU und CSU darauf hin, dass die EU-Mitgliedstaaten die Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente, wie den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) für die berufliche Bildung, weiter vereinfachen.</p> <p>Angesichts des wachsenden Anteils informeller und non-formaler Lernformate besteht Bedarf, beruflich erworbene Kompetenzen sichtbar und bewertbar zu machen. Daher wollen wir ein neues, flexibles und einheitliches Validierungssystem für berufliche Kompetenzen schaffen. Zuständige Stellen sollen Kriterien entwickeln, um auch non-formal und informell erworbene Kompetenzen in Bezug auf anerkannte Abschlüsse zu bewerten und transparent zu machen – unabhängig davon, ob sie im In- oder Ausland erworben wurden.</p>	<p>Indem wir einerseits die Hochschulen für diejenigen, die sich nach der Berufsausbildung und während ihres Berufslebens für Weiterbildung oder Qualifizierung neben Familie und Beruf entscheiden, so öffnen, dass sie die gewünschte Weiterbildung möglichst ohne vorgeschaltete weitere Hürden wahrnehmen können, ihr Berufsausbildungsabschluss und die sich daran anschließende Berufserfahrung sich damit also dem Wert eines Bachelorabschlusses annähert.</p> <p>Andererseits sollen Menschen, die das gleiche Tätigkeitsprofil in ihrer Arbeit absolvieren gleich entlohnt werden, unabhängig von der vorher durchlaufenen Ausbildung.</p>	<p>Zu den Maßnahmen für Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Europa gehören Austauschprogramme zwischen beruflichen Ausbildungsstätten und Hochschulen sowie transparente Standards für die Bewertung von Qualifikationen. Zusätzlich sollten digitale Plattformen wie die European Student Card und der Europäische Berufsausweis ausgebaut werden, um die Mobilität von Studierenden und Fachkräften zu unterstützen und die Anerkennung von Abschlüssen zu erleichtern. Eine Vereinfachung der Anerkennung von Studienabschlüssen und beruflichen Qualifikationen im Rahmen des europäischen Qualifikationsrahmens ist entscheidend, um Bürokratie und Kosten zu reduzieren und berufliche Perspektiven in Europa zu verbessern. Die Erweiterung der Berufe für den Europäischen Berufsausweis sowie die Einführung europaweit vergleichbarer Anerkennungsverfahren und umfassende Unterstützungsangebote stärken die Position der Bewerber*innen und fördern eine gerechtere Anerkennung von Qualifikationen.</p>	<p>- Antworten stehen aus –</p>	<p>Die Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen ist überfällig. Die Linke begrüßt den gemeinsamen europäischen Studienabschluss. Die EU sollte mit Modellprojekten, wie 1989 beim European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) oder den schon von 2,2 Mill. Studierenden genutzten Student Cards (ESC) vorangehen. Andererseits fehlen bisher vergleichbare Schritte bei der Europäisierung der Berufsausbildungen. Auch wenn die Mobilitätsprogramme „Europe on the move“ und der Talent-Pool hochgefahren wurden und auch für die Berufsausbildung geöffnet wurde, ist dies nicht hinreichend. Für den nächsten MFR erwarten wir einen wachsenden ESF+Fonds. Die gewachsene europäische Mobilität während der Ausbildung löst jedoch nicht das weiterhin offene Problem der europaweiten (und auch darüber hinaus gehenden) Anerkennung der Abschlüsse. Es muss für die Beschäftigten und die Firmen eine gesicherte und einfachere europaweite Auswahl geschaffen werden.</p>

7. Fachkräftemangel und Nachwuchsförderung in der Veranstaltungswirtschaft haben sich durch die Corona Pandemie zugespitzt. Insb. bürokratische Anforderungen für Fachkräfte aus Drittstaaten, um in Deutschland zu arbeiten, sind immens. Wie möchten Sie Hürden abbauen und internat. Zugang weiter fördern?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>Wir möchten die Fähigkeiten junger Menschen aus ganz Europa zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Deutschland fördern und nutzen. Dafür müssen insbesondere alle Hürden beseitigt werden, die es bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch gibt. Wir wollen die Arbeitnehmermobilität in Europa verbessern und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung (z. B. sogenannte A1-Bescheinigungen) von Arbeitnehmern schnell vereinfachen.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir mehr Menschen in Arbeit bringen. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir es insbesondere Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Wir wollen den Anteil von Frauen in der Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen erhöhen.</p> <p>Und schließlich können wir auf die legale Zuwanderung von Fachkräften, die bei uns arbeiten und mit anpacken wollen, nicht verzichten. Daher wollen wir die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften erleichtern. Deutschland muss attraktiver für Fachkräfte werden, die Verfahren müssen rein digital bearbeitet werden. Die entsprechenden Arbeitsvisa sind schnell zu erteilen, wenn alle Voraussetzungen für eine Arbeit in Deutschland vorliegen.</p>	<p>Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist eine Herausforderung in der ganzen EU. Diese Aufgabe können wir nur mit einem ganzheitlichen Konzept bewältigen. Im Vordergrund steht hier die Förderung guter Arbeit und guter Bezahlung, um Arbeitskräfte zu finden und zu halten. Zusätzlich brauchen wir öffentliche und private Investitionen in Aus- und Weiterbildung, um vorhandene Potentiale zu nutzen. Mit Blick auf den steigenden Bedarf nach Fachkräften, ist auch die Förderung der Einreise von Menschen aus Drittstaaten notwendig. Hierfür bedarf es einfachere Möglichkeiten für die legale Einreise in die EU. Deshalb wollen wir bestehende Zugangsmöglichkeiten harmonisieren. Das deutsche Fachkräfteeinwanderungsgesetz könnte als Vorbild dienen. Zugleich haben wir mit der Reform der kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige hat wichtige Voraussetzungen geschaffen, dass Zugewanderte in gute und qualifikationsgerechte Arbeit vermittelt werden.</p>	<p>Wir sind mit einem eklatanten Mangel an Arbeits- und Fachkräften konfrontiert. Wir wollen diesen Mangel mit an der Praxis orientierten Regeln ausgleichen: gezielte Entbürokratisierung für Arbeitgeber*innen, einfachere digitale Prozesse für qualifizierte Fachkräfte und mehr Personal für die Bearbeitung von Anträgen in Botschaften. Durch eine Erweiterung der EU-Bluecard auf nicht-akademische Berufe und Plattformen wie der EU-Talentpool, soll auch dringend benötigten Arbeitskräften der Zugang erleichtert werden. Die lebendige Kulturlandschaft braucht einen Ausbau von "Creative Europe" und die Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative. Gefährdete Kreative aus Drittstaaten müssen einfach Zugang zu Asylverfahren, Stipendien und Aufenthaltsmöglichkeiten erhalten. Für Ensembles oder Künstler*innen, die im Schengenraum auftreten und arbeiten wollen, fordern wir einen unbürokratischeren Zugang zu Visa. Zu oft werden Visa verwehrt, weil eine mangelnde Rückkehrabsicht vermutet wird.</p>	<p>- Antworten stehen aus -</p>	<p>Wir wollen, dass der Zugang für Migrant*innen und Geflüchtete zum Arbeitsmarkt und die Anerkennung ihrer Qualifikationen, Berufsabschlüsse und -erfahrungen einfacher werden. Geflüchteten und Migrant*innen erweiterte und leichtere Möglichkeiten für aufenthaltsrechtliche „Zweck-„ und „Spurwechsel“. Dazu muss es auch mehr niedrighschwellige Angebote für Sprach- und Integrationskurse geben. Dafür braucht es Kommunen, die finanziell ausreichend ausgestattet sind. Zu ihrer finanziellen Unterstützung fordern wir einen EU-Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die ihre Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Integration von Geflüchteten beantragen. Für Branchen mit Fachkräftemangel könnten zusätzliche Ausbildungsgänge eingerichtet werden, die auf Eingewanderte und Geflüchtete als Zielgruppe zugeschnitten sind. Ein weiteres zentrales Mittel gegen Fachkräftemangel in vielen Branchen ist grundsätzlich die Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen, mit dem Ziel, gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu beseitigen.</p>

8.

Die Kultur- & Kreativwirtschaft war eine Idee in GB 1998. Kulturwissenschaftler und wir fordern eine Überprüfung von Definition & Ziel. Die Veranstaltungswirtschaft ist maßgeblich beteiligt an dem Erfolg anderer Wirtschaftszweige. Wie wollen Sie Verknüpfungen der VAW stärken und die KKW neu ordnen?

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
<p>Für CDU und CSU ist die Kultur- und Kreativwirtschaft ein eigener Berufsweig mit dem am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweig in Europa. Als solchen wollen wir ihn bei der nachhaltigen digitalen Transformation unterstützen und vor dem Missbrauch von Inhalten schützen.</p>	<p>Wir setzen uns seit langem dafür ein, dass der Begriff weiter gefasst wird, angrenzende Bereiche, wie zum Beispiel die Veranstaltungstechnik, mit in den Blick nimmt und sich von dem Bezug zur „-Industrie“ abkehrt, zumal die meisten Arbeitnehmenden keinen so regelmäßigen Lohnerwerb wie ein Industriearbeiter erfahren, was bei Mitarbeitenden in der Veranstaltungstechnik zu vergleichbaren sozialversicherungsrechtlichen Problemen führt wie bei Künstler*innen. Eine Begriffsreform muss berücksichtigen, dass die sozialen Problemlagen der Beschäftigten nicht von der Frage abhängen, ob er oder sie künstlerisch oder technisch tätig sind. Wie bereits 2021 im Bericht zur Situation von Künstler*innen und die kulturelle Erholung in der EU gefordert, drängen wir in der kommenden Wahlperiode weiter auf eine Richtlinie, die die sozialen Probleme der gesamten Kulturbranche (einschließlich der technischen Berufe) adressiert.</p>	<p>Die Veranstaltungswirtschaft (VAW) ist für zahlreiche Wirtschaftszweige eine wichtige Stütze. Eine innovative VAW ermöglicht den Austausch von Menschen auf Messen und Kongressen, sie erlaubt der Wirtschaft, ihre Produkte effektiv zu präsentieren, und sie ermöglicht und bereichert durch ihre Zusammenarbeit mit der KKW kulturelle Erlebnisse für Millionen von Menschen. Wir wollen sie daher nicht zuletzt auch in diesen Schnittmengen in den Blick nehmen. Deshalb sollten Förderprogramme wo nötig beide Sektoren in den Blick nehmen - wie dies bspw. bei den Corona-Hilfen häufig der Fall war. Aus dieser Erfahrung wollen wir lernen.</p>	<p>- Antworten stehen aus –</p>	<p>Die KKW (CCI) hat innerhalb der EU mehr Beschäftigte als die Automobilindustrie. Die Arbeitsplätze wandern nicht ab. Allerdings sind die Einkommen oft niedrig. Ein faires Urhebervertragsrecht ist keine ausreichende Lösung, denn in dieser Branche gibt es viele Beschäftigte, die kein Copyright auf ihr täglich Brot haben werden, seien sie nun Bühnentechniker, Ankleiderinnen, Layouter, Spielesoftwareingenieurinnen oder Caterer am Filmset. Wir setzen uns deshalb seit Jahren, zuletzt in einem Bericht 2023, für ein Fair-Work-Siegel ein, damit Käufer*innen und Nutzer*innen von Konzerten oder Spiele-CDs wissen: hier wird gut bezahlt. Die Linke setzt sich auch für mehr Förder- und Kreditprogramme (schon wegen der gestiegenen Energiekosten), die kulturelle Produktionen und die mit ihr verbundenen Dienstleistungen, wie sie die VAW leistet, anerkennen. Größere Freistellungen vom Beihilferecht, wie die VAW während der Pandemie forderte, unterstützen wir nachdrücklich.</p>